

OWL-Crime

„Feindsender“ gehört und dann geköpft

Heiko Ploeger wird im Jahr 1944 zum Tode verurteilt. Vor der Hinrichtung prangert er den bevorstehenden „Justizmord“ an. Die Täter werden nie belangt. Jetzt sollen die Geschehnisse neu aufgearbeitet werden.

Jemima Wittig

■ **Herford.** Dass heute der Tag ist, an dem er sterben wird, erfährt Heiko Ploeger erst am selben Morgen. Es ist der 15. September 1944. Er sitzt wegen Hochverrats in der Dortmunder Justizvollzugsanstalt. Ihm werden Hand- und Fußfesseln angelegt. Ploeger schreibt einen Abschiedsbrief und gibt ihn wohl heimlich dem Geistlichen mit, der ihn aufsucht. Denn über den offiziellen Weg hätte es der Brief mit dem Inhalt wohl nicht herausgeschafft. Der 46-Jährige schreibt von einem „Justizmord“: „Jetzt können ja Kaufmann und Barthel stolz sein, sie haben ihren Willen, aber sie haben den Staat dazu benutzt, um einen Justizmord zu begehen.“ Schließlich wartet der gebürtige Herforder hinter einem Vorhang zusammen mit anderen Gefangenen – darunter sieben Bielefelder – auf seine Hinrichtung. Das geht im Zwei-Minuten-Takt. Schließlich holen ihn zwei Helfer nach vorne. Er wird auf den Bock geworfen, sein Kopf wird durch das Schaffot geschoben und das Beil saust herunter.

Angeklagt wegen Hochverrats

„Justizmord“ – dieser Vorwurf steht auch nach Kriegsende im Raum. Doch für Ploegers Tod wird niemand belangt. Zwar werden der Bielefelder Gestapobeamte Karl Kaufmann und der Unternehmer Georg Barthel, Eigentümer der Bielefelder Dürkopp AG, bei der Ploeger gearbeitet hatte, kurzfristig inhaftiert. Sie kommen aber bald wieder frei. Ihr Handeln galt als rechtes.

Was aber genau wurde Ploeger vorgeworfen? Der Maschinenschlosser war in einem Amateurradioclub und bastelte dort am Radio herum, damit dieses möglichst weit entfernte empfangen konnte. Die Informationen aus den Nachrichten soll er mit einer Gruppe, die gegen den Nationalsozialismus arbeitete, verbreitet haben. Ihm wurden „Rundfunkverbrechen“ und Hochverrat vorgeworfen. Am 18. Januar 1944 wurden er und sie-



Heiko und Henny Ploeger im Gartenhaus seiner Eltern.

Foto: Sammlung Dieter Begemann

ben weitere Männer während ihrer Arbeit bei Dürkopp aus der Firma geholt. Zuvor soll ihr Vorgesetzter Barthel nach Zeugnisaussagen einmal durch seinen Betrieb gegangen sein.

Ploeger wurde als Kopf der Gruppe angesehen. Im Polizeigefängnis in Bielefeld nahm er innerhalb weniger Wochen 20 Kilogramm ab und gestand schließlich die Taten, die ihm vorgeworfen wurden. Zu seiner Frau Henny durfte er per Brief Kontakt halten. Selten durfte sie ihn besuchen. Bei seiner Verurteilung zum Tode vor dem Oberlandesgericht in Hamm sahen sie sich zum letzten Mal. Henny Ploeger versuchte eine Begnadigung für ihren Mann zu erwirken. Nur sechs Monate nach ihrem Mann starb sie dann an Magenkrebs.

1946 erhielten Heiko und Henny Ploeger in Herford ein gemeinsames Grab. Seit 2012 wird ihrer am 15. September jedes Jahres mit einer Feier auf dem Friedhof zum Ewigen Frieden in Herford gedacht.

Der Historiker Dieter Begemann veröffentlichte Ploegers Geschichte bereits 1988 in



Dieter Begemann sucht weitere Dokumente. Foto: Jemima Wittig



Der frühere Gestapo-Beamte Karl Kaufmann. Foto: Begemann

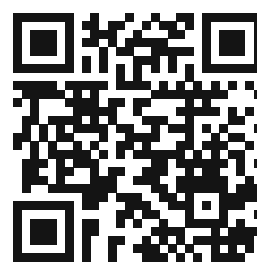
seinem Buch „Ich hoffe, daß ein freies Deutschland für Euch entsteht“. Ploegers Hinrichtung erklärt er sich mit dessen Widerstand schon zu Beginn der NS-Zeit: „Es wurden oft Leute angeklagt, die zum Beginn der Nazizeit Widerstand geleistet hatten“, sagt er. „Man hatte Angst, dass das wieder kommt und ist deshalb in die Betriebe gegangen.“ So habe man auch die anderen Angestellten einschüchtern wollen. Begemann, der bis 2019 im Herforder Kommunalarchiv gearbeitet hat, schreibt derzeit

an einem weiteren Buch. Er untersucht die Schnittmengen zwischen Kaufmann, Barthel und Ploeger. „Heute kann deswegen niemand mehr vor Gericht gestellt werden. Es geht mir um das Sammeln der Unterlagen. Die Geschichte darf nicht verschwinden“, erklärt Begemann die Intention seiner Arbeit. Denn, so sagt er, „Ploeger war nicht der Einzige, aber er ist der Anlass, die Geschichte aufzuschreiben.“

Dafür setzt er auf die Hilfe der Menschen aus Ostwestfalen-Lippe. Er sucht Hinweise,

Fotos oder Dokumente, die etwas mit dem Fall zu tun haben. „Es lassen sich zum Beispiel keine Fotos von Barthel finden“, sagt er. Auch über die Geschehnisse in dem Polizeigefängnis sei wenig bekannt, ebenso wenig über das Ehepaar, das es leitete. „Ich habe von Fotos aus dem Inneren gehört, konnte sie bisher aber nicht finden.“ Im kommenden Jahr, 80 Jahre nach der Hinrichtung Ploegers, soll das Buch erscheinen. Wer Hinweise oder Dokumente hat, erreicht Dieter Begemann über seine Internetseite www.dieter-begemann.de.

◆ Weitere spannende Kriminalfälle aus der Region auf nw.de/owlcrime oder unter folgendem QR-Code:



Tausende Beamte mit Besoldung unzufrieden

85.000 Widersprüche beim Land eingelegt. Beamtenbund warnt vor Klagewelle.

■ **Düsseldorf (Inw).** Tausende Beamte in Nordrhein-Westfalen haben in den vergangenen Jahren Widerspruch gegen ihre Besoldung eingelegt. Seit 2021 sind insgesamt knapp 85.000 Anträge auf die sogenannte amtsangemessene Besoldung oder Widersprüche zur Besoldung beim Land eingegangen. Das geht aus einer Antwort des NRW-Finanzministeriums auf eine FDP-Anfrage hervor.

Durch die Besoldungsanpassung 2022 sowie die Neustrukturierung und Erhöhung der Familienzuschläge zum 1. Dezember 2022 habe das Land bereits „erhebliche finanzielle Verbesserungen für die Beamtinnen und Beamten“ umgesetzt, hieß es in der Antwort des Ministeriums. Roland Staude, Vorsitzende des Deutschen Beamtenbunds (DBB) in NRW, sagte der „Rheinischen Post“: „Wir haben erhebliche Bedenken, dass die Besoldung im Jahr 2022 aufgrund der Inflation und im Jahr 2023 aufgrund der Einführung des Bür-

gelds im Hinblick auf das Abstandsgebot zum Grundsinchierungsniveau verfassungskonform war. Deshalb sollte das Land die Widersprüche sehr ernst nehmen.“ Es bestehe nun die Gefahr, dass Ansprüche auf amtsangemessene Alimentation trotz eingeleiteten Widerspruchs gegen die Besoldung nach drei Jahren verjähren.

In der Vergangenheit sei es geübte Praxis gewesen, dass das Land die Widersprüche ruhend gestellt und somit der Verjährung vorgebeugt habe. „Von dieser Praxis weicht das Land nun ab und zwingt damit seine Landesbeamten im Ernstfall, einzeln für die Durchsetzung ihrer Ansprüche vor Gericht zu streiten. Es kann nicht im Interesse des Landes sein, dass es nun eine Klagewelle vom Zaun bricht.“

Das Ministerium teilte dagegen mit, ein „generelles Ruhendstellen“ der Widersprüche gegen die Alimentation für das Jahr 2022 sei nicht angezeit.

Aussteigerprogramm für Clanfamilien

39 Kinder und Jugendliche nehmen an dem bundesweit einzigartigen NRW-Projekt teil.

■ **Düsseldorf (Inw).** Mit dem Aussteigerprogramm für Kinder und Jugendliche aus kriminellen Clans war Nordrhein-Westfalen Vorreiter: Rund drei Jahre nach dem Start sind inzwischen 39 Kinder und Jugendlichen von 8 bis 17 Jahren aus polizeibekanntem Clanfamilien oder deren direktem Umfeld dabei, wie aus dem neuen Lagebild Clankriminalität des Landeskriminalamts (LKA) hervorgeht.

Demnach wird inzwischen an den Standorten Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Dortmund, Duisburg, Oberhausen

und Recklinghausen mit den jungen Menschen gearbeitet. Sie sollen als Teil des Programms „Kurve kriegen“ davor bewahrt werden, in kriminelle Clanstrukturen zu geraten. Das Projekt wurde 2020 gestartet. Inzwischen macht es auch in Schweden Schule: Laut LKA wird es dort ab diesem Jahr ein Programm namens „Rätt Kurva“ geben, das sich an NRW orientiert. „Wir tun alles, um die Leute aus krummen Geschäften herauszuholen und wieder auf die gerade Bahn zu bringen“, so Innenminister Herbert Reul (CDU).

13-Jähriger verletzt Mitschüler mit Messer schwer

■ **Harsewinkel (dpa).** Beim Streit um eine Uhr soll ein 13 Jahre alter Schüler in Harsewinkel mit einem Messer einen jüngeren Mitschüler schwer verletzt haben. Die Polizei schloss eine Lebensgefahr bei dem Zwölfjährigen am Mittwoch zunächst nicht aus. Mehrere Zeugen hatten den Streit

auf der Straße beobachtet und die Polizei alarmiert. Eine Mordkommission nahm die Ermittlungen auf. Der 13-Jährige hatte sich zunächst vom Tatort entfernt, wurde aber rasch von Polizisten ausfindig gemacht. Die Polizei wies daraufhin, dass der verdächtige Junge strafunmündig ist.

NRW bringt Rekordhaushalt im Landtag ein

■ **Düsseldorf (IK).** NRW-Finanzminister Marcus Optendrenk (CDU) hat gestern den Haushalt für 2024 im Landtag eingebracht. Das Volumen beträgt 101,9 Milliarden Euro. Den Großteil machen Steuereinnahmen von rund 78 Milliarden Euro aus. Die Personalausgaben liegen bei rund 34,5 Milliarden Euro. Angesichts angespannter Finanzen kündigte Optendrenk an, dass man künftig Prioritäten setzen müsse. Kritik übte er unter anderem an Bundeskanzler Olaf Scholz in dessen Zeit als Bundesfinanzminister.

SPD-Fraktionschef Jochen Ott kritisierte die Landesregierung ebenso scharf wie FDP-Fraktionschef Henning Höne, der von einem „Haushalt der verpassten Chancen“ sprach. Das Haushaltsvolumen habe sich in den vergangenen elf Jahren von 55 Milliarden Euro verdoppelt, sagte Höne.

Immer mehr Pflegeheimen im Land droht Insolvenz

Die SPD sieht in aktuellen Zahlen der Landesregierung ein „exponentielles Wachstum“.

Ingo Kalischek

■ **Düsseldorf.** Die Zahl von Pflegeeinrichtungen im Land, die von Überschuldung und Zahlungsunfähigkeit betroffen sind, hat zuletzt stark zugenommen. Während dies im vergangenen Jahr noch auf 25 Einrichtungen zutraf, waren es allein im ersten Halbjahr 2023 fast dreimal so viele: 73.

Das geht aus einer Antwort der Landesregierung auf eine Anfrage der SPD-Fraktion hervor. Die wollte wissen, wie viele Insolvenzen in der Pflegebranche in NRW zuletzt angemeldet wurden. In seinen Zahlen unterscheidet das Land nicht zwischen einer bereits eingetragenen und einer drohenden Zahlungsunfähigkeit. Es weist aber darauf hin, dass die gemeldeten Überschuldungen in der „ganz überwiegenden Zahl der Fälle“ nicht zu Schließungen und einem Wegfall von Plätzen geführt hätten, da die Einrichtungen von

anderen Betreibern übernommen worden seien. Sie tauchten dennoch in der Statistik auf. Ein Umzug der Bewohner in andere Einrichtungen sei nur in Ausnahmen nötig.

Zu berücksichtigen ist auch, dass es nach Angaben des Ministeriums in NRW 8.165 Pflegeeinrichtungen gibt, inklusive ambulante Dienste. Der Anteil der jetzt betroffenen Einrichtungen ist also verhältnismäßig gering. Im Regierungs-

bezirk Detmold waren im zweiten Quartal dieses Jahres 14 Einrichtungen von drohender oder eingetretener Zahlungsunfähigkeit betroffen.

In den Augen der SPD ist die Lage dennoch besorgniserregend. „Wir haben es ganz offensichtlich mit einem exponentiellen Wachstum an Insolvenzen in der Pflege zu tun“, sagt der gesundheitspolitische Sprecher Thorsten Klute aus Gütersloh. „Wenn das Land

nicht aufpasst, bekommen wir ein echtes Versorgungsproblem.“ Das Land sei hier in der Verantwortung, denn für die Investitionskosten sei nur die Landesregierung zuständig.

Das Ministerium verweist darauf, dass derzeit wieder mehr Pflegeeinrichtungen neu an den Start gehen – stationär und ambulant. Eine angemessene Bezahlung der Pflegekräfte sei ein entscheidender Baustein bei der Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Die werde in der Pflege auch refinanziert. „Dass dies bei den Einrichtungen und Trägern zu Herausforderungen führt, die bislang nicht nach Tarif beziehungsweise vergleichbar gezahlt haben, mag nachvollziehbar sein.“ Auch in Zeiten von Fachkräftemangel und begrenzten finanziellen Ressourcen brauche es auskömmliche Lösungen für alle Seiten. „Die Politik muss die Entwicklungen daher sehr gut im Blick behalten“, meint das Land.



Die Zahl der Pflegeeinrichtungen mit Geldproblemen steigt. Foto: dpa

Persönlich



Neuer Leiter

Michael Haarmann (55), Viersener Pfarrer, wird ab 1. November neuer theologischer Leiter der Evangelischen Hauptstelle für Familien- und Lebensberatung in Düsseldorf. Haarmann folgt im Amt auf Christiane Vetter (65), die Ende Oktober in den Ruhestand wechselt. Foto: eikir



Schirmherr

Nathanael Liminski (37), NRW-Europaminister (CDU), hat die Schirmherrschaft für das „Blau-Gelbe Kreuz“ übernommen. Seit Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine bringen die Mitglieder der Organisation Hilfsgüter ins Land, etwa Stromgeneratoren und Kleidung. Foto: dpa